

MONITOR

SICHERHEIT

NATO-Jubiläum 2024 – 75 Jahre Verteidigungsallianz

Was bis zum Jubiläumsgipfel des Bündnisses vom
9. bis 11. Juli in Washington D.C. von den Mitgliedsstaaten gefordert ist
Christina Bellmann

- › Die NATO befindet sich vor ihrem 75. Geburtstag in schwierigem Fahrwasser – einerseits ist sie nicht ‚hirntot‘, sondern bietet neuen Mitgliedern Schutz – andererseits sind die Herausforderungen angesichts des Ukraine-Krieges enorm.
- › Im dritten Kriegsjahr ist die militärische Lage für die Ukraine ernst. Das Militär gerät zusehends unter Druck und europäische Partner liefern zu langsam und zu wenig.
- › Die westliche Unterstützung muss hochgefahren werden, um den Kriegsausgang zu beeinflussen – davon hängt auch das künftige Verhalten Russlands gegenüber seiner Nachbarschaft ab.
- › 2024 finden diesseits wie jenseits des Atlantiks Wahlen statt – besonders die US-Präsidentenwahl im November wird für die NATO richtungsweisend sein.
- › Zwei Drittel der NATO-Mitgliedsstaaten sind auf einem guten Weg, das Zwei-Prozent-Ziel nationaler Verteidigungsausgaben zu erfüllen – allen voran Deutschland muss sicherstellen, dass dieses langfristig eingehalten wird.
- › Jetzt kommt es auf die Führungsverantwortung größerer Staaten wie Deutschland, Frankreich und Polen an, um Zugkraft in der europäischen Verteidigung zu entwickeln, um einem künftigen US-Präsidenten eine belastbare Lastenteilungsbilanz vorzuweisen und die Ukraine – und die europäische Sicherheitsordnung – nicht im Stich zu lassen.

Inhaltsverzeichnis

Rückkehr zum Kernauftrag	2
Verfassung der Allianz vor dem Gipfel	2
Militärische Lage der Ukraine	3
Anstehende Wahlen.....	3
Wirtschaftlicher Druck – Priorisierung von Verteidigung?	4
Systemische Gefahr China	5
Herausforderungen in neuen Dimensionen.....	5
Die Hausaufgaben der NATO-Staaten	6
Mehr NATO-Mitglieder müssen das Zwei-Prozent-Ziel erreichen.....	6
EU-NATO-Kooperation und NATO-Partnerschaftspolitik stärken	7
In Interoperabilität investieren.....	7
Was bedeutet das für Deutschland?	7
Was jetzt zählt – politische Führung	8
Impressum	11
Die Autorin	11

Rückkehr zum Kernauftrag

Im 75. Jahr ihres Bestehens ist die nordatlantische Verteidigungsallianz zu ihrem Kernauftrag zurückgekehrt: Abschreckung und Verteidigung gegen einen territorialen Aggressor. Bis zum NATO-Gipfel vom 9. bis 11. Juli 2024 in Washington D.C. wird die NATO-Verteidigungsplanung auf ihre Belastbarkeit überprüft. Vor welchen Herausforderungen steht die Allianz im Jubiläumsjahr und was muss bis zum NATO-Gipfel passieren, damit der Gipfel ein Erfolg werden kann?

Verfassung der Allianz vor dem Gipfel

Die NATO befindet sich vor ihrem 75. Geburtstag in schwierigem Fahrwasser. Einerseits hat sie seit Beginn des russischen Angriffskriegs unter Beweis gestellt, dass sie handlungsfähig und nicht hirntot ist. Die beiden neuen Mitglieder Finnland und Schweden haben ihre jahrzehntelange Neutralität aufgegeben, weil ihre Bevölkerungen überzeugt sind, trotz ausgezeichneter Verfassung ihres Militärs im Kreis der 30 Verbündeten besser vor russischen Aggressionen geschützt zu sein. Andererseits hat der Aufnahmeprozess sehr viel länger gedauert, als angesichts der hohen Interoperabilität beider Staaten mit den NATO-Standards zu erwarten war. Seit Antragstellung dauerte es gute zwanzig Monate, bis beide Flaggen an den Fahnenmasten vor dem NATO-Hauptquartier in Brüssel wehten – die interne Blockade durch die Türkei und Ungarn ist

Ausdruck der Herausforderung des Bündnisses, eine geschlossene Front gegenüber der russischen Bedrohung zu bewahren.

Der Vilnius-Beschluss von 2023, das bisherige Zwei-Prozent-Ziel für jährliche Verteidigungsausgaben gemessen am nationalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) künftig als Mindestgröße einzuhalten und sogar Mehrausgaben darüber hinaus anzustreben, ist eine enorme Kraftanstrengung für die Mitglieder der Allianz – und größter Kritikpunkt ihrer Sceptiker. Mit der Umsetzung dieses Ziels geht die Weiterentwicklung der Verteidigungsaufstellung (defence posture) einher, die ebenfalls in Vilnius beschlossen wurde. Hierzu zählen neue regionale Verteidigungspläne, die mehr kampffähige Truppen in schnellerer Einsatzbereitschaft vorsehen. Der Washington-Gipfel wird zeigen, wie weit die Allianz diesbezüglich in einem Jahr gekommen ist – Lücken zwischen Zielvorgaben und den tatsächlichen Fähigkeiten müssten in der Konsequenz durch Investitionen gedeckt werden, die über die Zwei-Prozent-BIP-Beiträge hinausgehen. Daneben gibt es eine Vielzahl weiterer wichtiger Ereignisse und Faktoren, die Einfluss auf den Gipfel haben.

Militärische Lage der Ukraine

Im dritten Kriegsjahr ist die militärische Lage für die Ukraine ernst. Die Kämpfe sind in weiten Teilen in einen Stellungskrieg, mit hohen Verlusten auf beiden Seiten, übergegangen. Die schleppenden Unterstützungslieferungen des Westens führen dazu, dass die Ukrainer mit deutlich weniger auskommen müssen, als ihrem Verteidigungsbedarf entspricht. Die Europäische Union hat ihre Zusage verfehlt, binnen eines Jahres (bis März 2024) eine Million 155-Millimeter Granaten zu liefern, während die russische Kriegswirtschaft im Mehrschichtsystem Nachschub produziert. Dieses Ungleichgewicht macht sich in der ukrainischen Verteidigung schmerzlich bemerkbar – aufgrund des Materialdefizits können bei weitem nicht genügend russische Stellungen ausgeschaltet und russische Angriffe abgewehrt werden, das ukrainische Personal an der Front ist ausgezehrt. Präsident Wolodymyr Selenskyj gerät zusehends unter Druck, frische Kräfte für die Front zu mobilisieren. Das ukrainische Militär muss infolgedessen teilweise Gelände aufgeben, um Material und Personal zu schonen und eine möglichst nachhaltige Verteidigungsposition für die nächsten Wochen und Monate einzunehmen, bis hoffentlich Abhilfe kommt.¹

Die tschechische Initiative, bis Juni 2024 eine halbe Million Schuss im Kaliber 155 Millimeter und 300.000 Schuss im Kaliber 122 Millimeter auf dem Weltmarkt für die Ukraine zu beschaffen, ist dringend notwendig – sie ändert aber nichts an der Tatsache, dass Europa und der Westen zu wenig und zu spät liefern, trotz der Anstrengungen, die bisher unternommen wurden und weiter unternommen werden müssen.² Selbst wenn USA und Europa auf Hochdruck produzieren würden, würde es sich nur um die Hälfte dessen handeln, was Russland produziert und an Unterstützungsleistungen von seinen Verbündeten bekommt. Die westliche Unterstützung muss daher dringend hochgefahren werden, ist sie doch von entscheidender Bedeutung für den Ausgang des Krieges – und für das weitere Verhalten Russlands in seiner Nachbarschaft.

Anstehende Wahlen

In zeitlicher Nähe zum Gipfel finden eine Reihe richtungsweisender Wahlen diesseits wie jenseits des Atlantiks statt. Von größter Bedeutung für die weitere Ausrichtung der NATO werden die im November 2024 anstehenden US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen sein. Die USA sind bislang der größte Einzelunterstützer der Ukraine im militärischen Bereich; darüber hinaus haben die USA entscheidendes Gewicht in den Abstimmungen von konkreten Unterstützungsleistungen der NATO-Staaten – der Bundeskanzler orientiert sich in der Frage nach deutscher Unterstützung immer wieder an US-Waffenlieferungen oder machte diese gar zur Bedingung für eigene Zusagen.³

Während die Demokraten im US-Kongress Hilfspakete an die Ukraine weiterhin unterstützen, dominieren in der republikanischen Partei die Stimmen rund um den Präsidentschaftskandidaten Donald Trump, diesen „europäischen Krieg“ den Europäern zu überlassen und sich stattdessen innenpolitischen Herausforderungen zuzuwenden.⁴ Dies mündete in eine seit Monaten andauernde Blockade weiterer Hilfsmittel in Höhe von 60 Milliarden US-Dollar im mit hauchdünner Mehrheit republikanisch geführten US-Repräsentantenhaus. Die Ukraine ist auf diese Lieferungen dringend angewiesen, um Engpässe in Munition und Luftverteidigung abzuwenden. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Monitors ist eine Freigabe der Gelder nicht in Sicht. Außenpolitisch gibt es überparteilich den Konsens, dass die eigentliche Gefahr für die USA in einer systemischen Auseinandersetzung mit China liegt. Unter den republikanischen Anhängern nimmt die Ungeduld angesichts der Fortdauer des Kriegs zu, während die Zustimmung für weitere Ukraine-Unterstützung abnimmt. Die Stimmung in der breiten Bevölkerung ist ähnlich: so nahm zwischen April 2022 bis September 2023 die Ansicht, die USA täten „zu viel“ für die Ukraine, zu (von 14% auf 41%).⁵

Die auf europäischer Seite wichtigste Wegmarke für die weitere Ukraine-Unterstützung ist die Wahl des neuen Europäischen Parlaments vom 6. bis 9. Juni 2024. Seit Ausbruch des Krieges waren die Zustimmungswerte in der EU für die Unterstützung der Ukraine bemerkenswert stabil.⁶ Selbst angesichts eines teilweise schwierigen wirtschaftlichen Umfelds in den 20 Staaten des Euroraums sind die Zustimmungswerte für die Fortführung der Ukraine-Hilfe in wenigen EU-Staaten - ausgehend von einem hohen Niveau - nur leicht gesunken.

Während die breite Mitte der EP-Fraktionen (EVP, S&D und Renew) die Ukraine und das transatlantische Bündnis geschlossen unterstützt, ist die außen- und sicherheitspolitische Positionierung der Rechtsaußenparteien der EKR-, ID-Fraktion und der Fraktionslosen nicht immer klar. Während die EKR-Fraktion „eine größtenteils konstruktive und anschlussfähige Rolle“ in der Außen- und Sicherheitspolitik und so auch bezüglich NATO und Ukraine einnimmt, so Nicolai von Ondarza und Max Becker von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), stimmten Teile der ID-Fraktion wie der französische Rassemblement National (RN) oder die deutsche AfD entweder gegen russlandkritische Resolutionen im Parlament oder enthielten sich⁷. Laut Olaf Wientzek von der Konrad-Adenauer-Stiftung können sowohl EKR als auch ID bei der kommenden EP-Wahl mit signifikanten Sitzzuwächsen rechnen.⁸ Zahlenmäßig konkurrieren die ID- und die EKR-Fraktion zusammen mit Renew um den Platz als drittstärkste Kraft hinter EVP und S&D – alle liegen nach aktuellen Schätzungen zwischen 80 und 90 Sitzen. Ein Anschluss der aktuell fraktionslosen ungarischen Fidesz (aktuell 13 Abgeordnete) wäre sowohl bei EKR als auch ID denkbar. Angesichts der zunehmenden Mitentscheidungsrolle des Parlaments – unter anderem für weitere Ukraine-Unterstützungspakete – ist es für die EU wichtig, wie sich diese Parteien und Parteienbündnisse außen- und sicherheitspolitisch positionieren.⁹ Tatsächlich vertreten Parteien der ID-Fraktion innerhalb Europas russische Propaganda, um durch Desinformation, Subversion und Mobilisierung Einfluss zu nehmen und so den gesellschaftlichen Konsens mit Blick auf die Ukraine und die NATO zu untergraben.¹⁰ Bei einzelnen Wahlen, wie beispielsweise in den ostdeutschen Bundesländern im September 2024, kann sich dies ebenfalls zeigen.

Wirtschaftlicher Druck – Priorisierung von Verteidigung?

Weltweit lag die Inflation 2023 im Mittel bei 6,2 %. Aktuelle Prognosen gehen von sinkenden Inflationsraten im euro-atlantischen Raum im Verlauf der Jahre 2024 bis 2026 aus.¹¹ Gleichzeitig ist allerdings das globale Wirtschaftswachstum mit 3,1 % (2024) bzw. voraussichtlich 3,2 % (2025) gegenüber dem Vorjahr deutlich unter den Projektionen für die Erholung nach der Pandemie.¹² Die Kombination aus gestiegenen Verbraucherpreisen und geringerer wirtschaftlicher Erholung birgt für die europäischen Ukraine-Unterstützerstaaten weiterhin die Gefahr rückläufiger Zustimmung für ausgeprägte Unterstützung innerhalb der Bevölkerungen. Proteste angesichts

von Einsparungsankündigungen in diversen Politikfeldern haben das im Laufe des vergangenen Jahres in Deutschland und Europa gezeigt. Dies macht die Priorisierung von Verteidigungsausgaben aus nationaler Sicht für die kommenden Jahre nicht einfach. Im Falle Deutschlands konkurriert der Verteidigungsetat in den Haushaltsverhandlungen für das Jahr 2025 mit allen anderen Ressorts, die angesichts aktueller Belastungen für die Bevölkerung die Ausweitung von Sozialausgaben und Investitionen fordern.¹³

Gleichzeitig macht die Inflation vor militärischen Beschaffungen nicht Halt. Bereits 2022 musste Deutschland deshalb eine Reihe geplanter Beschaffungsvorhaben aufgrund gestiegener Kosten streichen.¹⁴ Die Kostensteigerung betrifft außerdem die Instandhaltung des vorhandenen Materials sowie den Bereich Personal. Auch wenn Deutschland das Zwei-Prozent-Ziel 2024 nominell erreicht, fallen inflationsbereinigt die Erhöhungen der nationalen Verteidigungsausgaben innerhalb der Allianz faktisch geringer aus.

Systemische Gefahr China

Die zunehmende systemische Konfrontation mit China ist nicht nur in der nationalen Sicherheitsstrategie der USA identifiziert; erstmals wurde China von der NATO in ihrem Strategischen Konzept von 2022 als konkrete Bedrohung eingestuft. China droht, die demokratisch regierte Insel Taiwan womöglich mit militärischen Mitteln an sein Staatsgebiet anzuschließen.¹⁵ Das hätte global enormes Eskalationspotenzial und weitreichende Auswirkungen auf wichtige internationale Seewege. Die Sorge um freie Handelswege sorgt für eine Annäherung in der Bedrohungswahrnehmung diesseits und jenseits des Atlantiks. Als Folge überdenken viele europäische Partner ihre Beziehungen zu China – wie auch Deutschland in seiner China-Strategie.

Der globale Anspruch Chinas, die bisherige multilaterale Ordnung nach seinen Vorstellungen umzubauen, betrifft nicht nur die Unabhängigkeit Taiwans. Eine Vormachtstellung Chinas in technischen und industriellen Schlüsselbereichen sowie kritischer Infrastruktur, seltenen Rohstoffen und Lieferketten würde zur Vertiefung bestehender Abhängigkeiten führen. Weil die USA in China eine systemische Gefahr für die internationale Ordnung, Freiheit und Wohlstand sehen, fokussieren sie sich bereits seit Präsident Obama neu. Von den europäischen NATO-Partnern wird daher erwartet, selbst in die Sicherheit Europas zu investieren. Nur durch eine stärkere Lastenteilung (burden-sharing) durch die Europäer würde es den USA ermöglicht, ihre Aufmerksamkeit stärker auf den Indopazifik zu richten.

Herausforderungen in neuen Dimensionen

Neben den oben skizzierten geopolitischen Herausforderungen hat die NATO 2019 den Weltraum aufgrund seiner gestiegenen Bedeutung als zusätzliches Gefechtsfeld zu den bisherigen Feldern – Land, Luft, See und Cyberraum – benannt.¹⁶ In den vergangenen Jahrzehnten hat China seine Präsenz im Weltraum sowohl im zivilen als auch im militärischen Bereich rasant ausgebaut.¹⁷ Der Krieg in der Ukraine hat die Bedeutung satellitengestützter Erkenntnisse sowie die Bedeutung für das Gefecht verbundener Waffen nochmals unterstrichen.

Darüber hinaus zeigen sich zuletzt immer stärker die Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels, die sich ebenfalls auf die Sicherheit auf dem euroatlantischen Bündnisgebiet auswirken. Beim NATO-Gipfel 2021 in Brüssel hat sich die Allianz das Ziel gesteckt, als internationale Organisation führend darin zu werden, die Auswirkungen des Klimawandels auf Sicherheit zu verstehen und sich darauf einzustellen.¹⁸ Hierzu hat sie den „Climate Change and Security Action Plan“ verabschiedet.

Die Hausaufgaben der NATO-Staaten

Ein erfolgreicher NATO-Gipfel im Jubiläumsjahr 2024 würde ein wichtiges Zeichen der Einigkeit und Verteidigungsfähigkeit der euroatlantischen Allianz angesichts des russischen Völkerrechtsbruchs in einer Zeit systemischer Konkurrenz senden. Die NATO-Mitgliedsstaaten sehen sich vor dem nächsten Gipfel in Washington D.C. mit einer komplexen Bedrohungslage konfrontiert. Aus ihnen ergeben sich verschiedene Anforderungen:

Mehr NATO-Mitglieder müssen das Zwei-Prozent-Ziel erreichen

Finanziell wird der Washington-Gipfel wohl dann als Erfolg gewertet, wenn eine substanzielle Anzahl an Mitgliedsstaaten das Zwei-Prozent-Ziel erreicht. 2023 traf dies auf elf Staaten zu (Polen, USA, Griechenland, Estland, Litauen, Finnland, Rumänien, Ungarn, Lettland, Großbritannien, Slowakei).¹⁹ Im Februar 2024 kündigte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg am Rande eines Treffens der Ukraine-Kontaktgruppe in Brüssel an, dass bis zum Gipfel 18 Staaten das Ziel erreichen würden.²⁰ Deutschland, die Niederlande, Tschechien, Bulgarien, Dänemark, Albanien und Nordmazedonien sind die Staaten, die neuerdings das Ziel erreichen.²¹ Das jüngste NATO-Mitglied, Schweden, erhöht die Zahl auf 19.

Die Erreichung des Zwei-Prozent-Ziels der Verteidigungsausgaben ist kein Selbstzweck. Die Diskussion innerhalb der NATO, ob man vom numerischen Beitragsziel abweichen und stattdessen tatsächlich eingebrachte Fähigkeiten der einzelnen Mitgliedsstaaten beurteilen sollte, ist keine neue. Geldbeträge zur Messung der kollektiven Verteidigung bleiben die einfachste Form, die Lastenteilung innerhalb der NATO näherungsweise zu beurteilen – und bis alle Länder dies erreicht haben, wird dies auch die maßgebliche Messgröße in der politischen Diskussion bleiben.

Aus NATO-Sicht vergrößerte sich zuletzt stets die Lücke zwischen den in den Verteidigungsplänen aufgelisteten gewünschten Fähigkeiten und den von den Mitgliedsstaaten eingemeldeten Truppenkontingenten. Um eine angemessene Ausstattung für den benötigten Personalkörper zu erreichen, der im Ernstfall dem NATO-Oberbefehlshaber (SACEUR) unterstellt werden müsste, führt in der Realität kein Weg an erhöhten Verteidigungsausgaben vorbei – aus militärischer Sicht kommt deshalb immer häufiger die Forderung auf, zwei Prozent sollten das Minimalziel sein. Für die Erreichung aller benötigten Fähigkeiten werden größere Beiträge von allen Nationen benötigt.

Aufgrund der Bedrohungslage und des politischen Drucks scheint es möglich, dass 21 Länder, also zwei Drittel der Mitgliedsstaaten, bis zum NATO-Gipfel in Washington das Zwei-Prozent-Ziel erfüllen. Neben den oben genannten 19 Staaten sind das Frankreich²² und Montenegro²³. Die Türkei will das Ziel bis 2025 erreichen²⁴, allerdings ist angesichts der schlechten Wirtschaftslage diese Zusage ungewiss. Italien will innerhalb der nächsten zwei Jahre zwei Prozent ausgeben²⁵, Norwegen soll laut Premierminister Jonas Gahr Støre das Ziel bis 2026 erreichen²⁶. Slowenien hat 2027 zur Erfüllung der Zusagen angepeilt²⁷, Portugal, Spanien und Belgien sogar erst 2030. Kanada (1,38%), Kroatien (1,79%) und Luxemburg (0,72%) haben keine Angabe gemacht.

Bürokratie abbauen, Beschaffung beschleunigen

Materiell geht es vor allem darum, die erhöhten Verteidigungsausgaben zeitnah in „Material auf dem Hof“ umzusetzen. Dazu müssen in vielen europäischen Staaten die Planungs- und Beschaffungsvorgänge beschleunigt, entbürokratisiert und gleichzeitig besser aufeinander abgestimmt werden. Hier kommt auf die gemeinsame europäische Verteidigung in den kommenden Jahren massiver Nachbesserungsbedarf zu. Einige Ankündigungen wurden im Rahmen des Vorwahlkampfes zum Europäischen Parlament bereits gemacht; auch hier zählt maßgeblich, wie die Ankündigungen nach der Wahl umgesetzt werden. Auch im Bereich

Forschung und Entwicklung müssen Fortschritte gemacht werden, um die knappen Mittel in modernste Systeme zu investieren. Die Frage nach gemeinsamer Entwicklung gegenüber off-the-shelf-Beschaffung von verfügbarem Gerät wird darüber hinaus in vielen Fällen zu entscheiden sein. Ein Umdenken in der europäischen Beschaffung ist hierfür essenziell. Hier sind in erster Linie die europäischen Nationalstaaten in der Verantwortung: Dringend müssen langfristige Verträge mit der Rüstungsindustrie geschlossen, Kooperationen angestoßen und Kredite für die Produktion vergeben werden.

EU-NATO-Kooperation und NATO-Partnerschaftspolitik stärken

Das Strategische Konzept der NATO und der Strategische Kompass der EU weisen eine starke Konvergenz in der Bedrohungsanalyse auf. Gerade für themenfeldübergreifende Herausforderungen wie die Bekämpfung des Klimawandels, die Gefahr hybrider Angriffe und den Schutz kritischer Infrastruktur besitzt die EU effektive Ansatzpunkte und Werkzeuge. Mit der europäischen Friedensfazilität und weiteren Instrumenten sind konkrete institutionelle Rahmenbedingungen geschaffen worden, um die europäische Säule in der NATO zu stärken und zu einer gerechteren Lastenteilung auf beiden Seiten des Atlantiks beitragen. EU und NATO sollten den Austausch zu gemeinsamen Herausforderungen weiter intensivieren und die Stärken des jeweiligen Forums nutzen.

Neben der Partnerschaft mit der EU sollten die Mitgliedsstaaten die Partnerschaftspolitik der NATO weiter vorantreiben. 2024 jährt sich die NATO-Osterweiterung zum 25. Mal; das „Partnership-for-Peace“-Programm der NATO zum 30. Mal. Angesichts einer globalen Auseinandersetzung mit Russland und einem immer aggressiver agierenden China lohnt sich der Blick auf die Instrumente, die unter dem Eindruck des Kalten Kriegs mit Blick auf „like-minded“-Partner außerhalb der Allianz erdacht wurden. Die NATO-Partnerschaftspolitik ist – an die neuen Umstände angepasst – ein ideales Instrument, um enge Verbindungen zu demokratischen Nationen im Indopazifik zu knüpfen, die die Interessen und Werte der NATO teilen.²⁸

In Interoperabilität investieren

Die NATO muss weiter als „Hüterin der Standards“ zugunsten von militärischer Interoperabilität fungieren. Die diesjährigen Großübungen im Rahmen von „Steadfast Defender 2024“ und „Quadriga 2024“ werden unter anderem zeigen, welche Schwachstellen es im Praxistest noch in den unterschiedlichen Dimensionen der Interoperabilität gibt. Darüber hinaus muss darauf geachtet werden, dass militärische Innovationen von Vorreitern innerhalb der NATO die weiteren Bündnispartner der Allianz technisch nicht abhängen. Das soll nicht heißen, dass technischer Fortschritt in einem Unterbietungswettbewerb ausgebremst wird; Mitgliedsstaaten mit geringeren Ausgaben für Forschung und Entwicklung müssen stattdessen schneller in die Lage versetzt werden, ihren Rückstand aufzuholen – gerade in Bereichen wie Weltraumtechnologie und im Bereich des Einsatzes von Künstlicher Intelligenz in der Kriegsführung wird die Vermeidung der technologischen Lücke zwischen den Mitgliedern der Allianz zunehmend wichtig.

Was bedeutet das für Deutschland?

Die Ankündigung des Bundeskanzlers am 27. Februar 2022, dass mit Einrichtung des 100-Milliarden-Euro-Sondervermögens sicherheitspolitisch eine Zeitenwende in Deutschland eingeläutet sei, wurde allenthalben in Deutschland sowie innerhalb der Allianz als richtige Entscheidung angesichts der Aggressionen Russlands gesehen. Olaf Scholz betonte in seiner Rede, dass Deutschland diese Ausgaben nicht anstrebe, um Alliierten zu gefallen. Das Sondervermögen diene der nationalen Sicherheit. Die akute Gefahrenlage für die europäische Sicherheit besteht allerdings weiter und obwohl das NATO-Ziel 2024 erreicht wird, ist die Zukunft des Verteidigungshaushaltes der Bundesrepublik alles andere als gewiss. Doch Investitionen in die Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr sind für einen Beitrag zur glaubhaften Abschreckung

unabdingbar. Die Grundlage für die Sicherung nachhaltiger Verteidigungsausgaben in Deutschlands mittelfristiger Finanzplanung muss jetzt gelegt werden, andernfalls sind zwei Prozent – je nach Verausgabungsstand des Sondervermögens – womöglich bereits 2026 unerreichbar, wenn wieder der reguläre Bundeshaushalt als Berechnungsgrundlage für das NATO-Ziel herangezogen wird. Da der Haushalt für das Jahr 2025 beim NATO-Gipfel im Juli 2024 noch nicht beschlossen sein wird, bedarf es einer glaubhaften Zusage des Kanzlers an die Adresse der Alliierten, dass Deutschland nicht zurückfällt.

Zur Erreichung der für die neuen Verteidigungspläne eingemeldeten Truppenstärken muss sich die Bundeswehr zudem gewaltig strecken. Aktuell stagniert die Zahl der Soldatinnen und Soldaten bei knapp 182.000²⁹. Um zusätzlich zu den national benötigten Kräften die Brigade in Litauen stellen zu können sowie der Divisionszusage für 2026 nachzukommen, muss die Bundeswehr der Zielgröße von 203.300 aktiven Soldatinnen und Soldaten bis 2027 bedeutend näher kommen.³⁰ Die Fragen, wie viele der auf dem Papier verfügbaren 182.000 Soldatinnen und Soldaten darüber hinaus willig sind, Teil der Brigade in Litauen zu werden sowie wie viele der Gesamtzahl im Ernstfall tatsächlich einsatzfähig sind, sind an dieser Stelle noch nicht einmal gestellt.

Was jetzt zählt – politische Führung

Die sicherheitspolitische Lage in Europa ist ernst und an Herausforderungen mangelt es der NATO im 75. Jahr ihres Bestehens nicht. Sie befindet sich in einem guten Zustand, um diesen Herausforderungen zu begegnen und hat mit Finnland und Schweden zwei starke Nationen in ihren Reihen willkommen heißen können. Es kommt jetzt allerdings darauf an, in den beschlossenen Anstrengungen nicht nachzulassen. Ein geschlossenes Auftreten nach außen ist dabei zentral, wie der aktuelle NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg nicht müde wird, zu betonen. Sein Nachfolger oder seine Nachfolgerin wird dies fortsetzen müssen. Noch wichtiger sind allerdings tatsächliche, konkrete und substanzielle Taten – der englische Ausdruck „put one's money where one's mouth is“ muss mit Blick auf die US-Wahlen Ende des Jahres das Leitmotiv aller europäischer NATO-Nationen sein, unabhängig vom Ausgang der Wahl.

Zuletzt kommt es innerhalb der Allianz in so gut wie allen genannten Feldern auf politische Führung an – und zwar jetzt. Viele kleinere Staaten in Europa blicken auf der Suche nach Führung zu den größeren Mitgliedsstaaten wie Deutschland, Frankreich oder auch Polen. Das gilt sowohl, was die nachhaltige Einhaltung des Zwei-Prozent-Ziels angeht als auch, wenn es um politische Einigung und Kooperation im Rüstungsbereich geht. Hier kommt den größeren Staaten eine Vorbild- und Führungsfunktion zu, die Zugkraft entfalten und Druck auf die Allianz als Ganzes entwickeln kann. Diese politische Führung wird 2024 für die europäischen Vertreter in der NATO wichtiger denn je. Es scheint zum jetzigen Zeitpunkt allerdings fraglich, ob das aktuelle Führungsvakuum bis zum NATO-Gipfel gefüllt werden kann. Deutschland, Frankreich und Polen haben noch keine gemeinsam abgestimmte Haltung entwickeln können, die eine positive Wirkung entfalten konnte. Somit ist ebenfalls fraglich, ob der NATO-Gipfel wichtige Signale über die Minimalziele hinaus senden können. Über allem hängt wie ein Damoklesschwert die US-Präsidentenwahl – der erratische Führungsstil eines nochmaligen US-Präsidenten Donald Trump könnte schwer mit den strategischen Zielen des Bündnisses vereinbar sein.

¹ Reisner, Markus: So ernst ist die Lage an der Front. In: Streitkräfte und Strategien Podcast, NDR Info, 12.03.2024, online unter: <https://ogy.de/0ne7>

- ² Zachová, Aneta: Tschechische Initiative: Munition für Ukraine könnte im Juni eintreffen. Euractiv, 13.03.2024, online unter <https://ogy.de/gofh>
- ³ Besonders eindrücklich bleibt das Beispiel der Lieferung schwerer Waffen in Erinnerung: so rang sich Bundeskanzler Scholz zur Freigabe der Lieferung Leopard-Panzer deutscher Fertigung erst nach amerikanischer Zusage von Abrams-Panzern von militärisch zweifelhaftem Mehrwert durch.
- ⁴ Dress, Brad: Ramaswamy isolates himself on Ukraine with proposed Putin pact. In: The Hill, 01.09.2023, online unter: <https://ogy.de/c9ow>
- ⁵ Hutzler, Alexandra: How initial US support for aiding Ukraine has come to a standstill 2 years later. ABC News, 24.02.2024, online unter <https://ogy.de/h0z6>
- ⁶ Grand, Camille u.a.: European public opinion remains supportive of Ukraine. Bruegel, 05.06.2023, online unter <https://ogy.de/ipbu>
- ⁷ von Ondarza, Nicolai und Becker, Max: Geostrategie von rechts außen: Wie sich EU-Gegner und Rechtsaußenparteien außen- und sicherheitspolitisch positionieren. SWP-aktuell, 01.03.2024, online unter: <https://ogy.de/a62v>
- ⁸ Wientzek, Dr. Olaf: EVP-Parteienbarometer Februar 2024 - Die Lage der Europäischen Volkspartei in der EU. Konrad-Adenauer-Stiftung, 06.03.2024, online unter <https://ogy.de/fv9b>
- ⁹ s. Fußnote 7
- ¹⁰ Klein, Margarete: Putins „Wiederwahl“: Wie der Kriegsverlauf die innenpolitische Stabilität Russlands bestimmt. In: SWP-Podcast, 06.03.2024, online unter: <https://ogy.de/7i5s>
- ¹¹ Potrafke, Prof. Dr. Niklas: Economic Experts Survey: Wirtschaftsexperten erwarten Rückgang der Inflation weltweit (3. Quartal 2023). ifo-Institut, 19. Oktober 2023, online unter: <https://ogy.de/wunq>
- ¹² Umersbach, Bruno: Wachstum des weltweiten realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 1980 bis 2024. Statista, 07.02.2024, online unter: <https://ogy.de/5ohz>
- ¹³ Petersen, Volker: Ampel droht Zerreißprobe: Vier Gründe, warum der Haushalt 2025 so gefährlich ist. N-tv, 07.03.2024, online unter: <https://ogy.de/9fcl>
- ¹⁴ Specht, Frank u.a.: Regierung kürzt mehrere Rüstungsprojekte. Handelsblatt, 24.10.2022, online unter: <https://ogy.de/71z3>
- ¹⁵ Vgl. Wurzel, Steffen u.a.: Worum es im Konflikt um Taiwan geht. Deutschlandfunk, 12.04.2023, online unter <https://ogy.de/ddc1>
- ¹⁶ Vogel, Dominic: Bundeswehr und Weltraum - Das Weltraumoperationszentrum als Einstieg in multidimensionale Operationen. Stiftung Wissenschaft und Politik, 01.10.2020, online unter: <https://ogy.de/c7m1>
- ¹⁷ Rose, Frank A.: Managing China's rise in outer space. Brookings, letzter Zugriff am 18.09.2023, online unter <https://ogy.de/374g>
- ¹⁸ Vgl. Kertysova, Katarina: Implementing NATO's Climate Security Agenda: Challenges Ahead. In: NATO Review, 10.08.2023, online unter: <https://ogy.de/ho94>
- ¹⁹ Vgl. Statista: Defense expenditures of NATO countries as a percentage of gross domestic product in 2023. Abgerufen am 18.09.2023 online unter <https://ogy.de/wtsb>

- ²⁰ Neuhann, Florian: Ukraine-Kontaktgruppe in Brüssel: Eine Krisensitzung - und ein Tabubruch? ZDF heute, 14.02.2024, online unter <https://ogy.de/rezf>
- ²¹ Mendelson, Ben: Diese Nato-Länder halten 2024 das Zwei-Prozent-Ziel ein. Handelsblatt, 15.02.2024, online unter <https://ogy.de/qui>
- ²² Kayali, Laura: France will reach NATO defense spending target in 2024. Politico, 15.02.2024, online unter <https://ogy.de/7vdd>
- ²³ <https://icds.ee/en/defence-spending-who-is-doing-what/>
- ²⁴ Vgl. Daily Sabah: Türkiye's defense spending expected to constitute 2% of GDP by 2025. 21.10.2022, online unter <https://ogy.de/xtbr>
- ²⁵ Vgl. Decode39: Defence spending: Rome's path towards the 2% target. 20.07.2023, online unter <https://ogy.de/c0g3>
- ²⁶ Waldwyn, Karl: Norwegian defence chief sounds alarm and raises sights. In: Military Balance Blog, International Institute for Strategic Studies, 23.06.2023, online unter <https://ogy.de/8b4a>
- ²⁷ Vgl. Army Technology: Russian threat driving Slovenia's defence budget increase. 02.08.2022, online unter <https://ogy.de/c5y7>
- ²⁸ Vgl. Kamp, Dr. Karl-Heinz: Allianz der Interessen. In: IP, Ausgabe September/Oktober
- ²⁹ Vgl. Bundeswehr. Stand: 31.07.2023, abgerufen am 19.09.2023, online unter: <https://ogy.de/m69j>
- ³⁰ Bundeswehr: Ambitioniertes Ziel: 203.000 Soldatinnen und Soldaten bis 2027. Online unter <https://ogy.de/3pzs>

Impressum

Die Autorin

Christina Bellmann ist Referentin für Transatlantische Beziehungen in der Hauptabteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Christina Bellmann

Transatlantische Beziehungen
Analyse und Beratung

T +49 30 / 26 996-3899

christina.bellmann@kas.de

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2024, Berlin

Gestaltung: yellow too, Pasiak Horntrich GbR

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).